

## Kartelle sind eine Cashcow für die Finanzministerin



Wien. Für Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) sind Kartelle und Marktmissbrauch eine lukrative Einnahmequelle: Laut Theodor Thanner, Generaldirektor der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB), hat seine Behörde dem Fiskus seit 2004 90 Millionen € an Strafeinnahmen gebracht - bei Gesamtkosten für die BWB von 2,5 Millionen € jährlich. Weitere Strafzahlungen in der Höhe von 30 Millionen € sind beantragt. In der Gesamtrechnung ergibt sich, dass jeder in einen BWB-Beamten investierte Euro dem Fiskus 6,85 € an Strafgeldern zurückbringt.

Die BWB soll wie berichtet reformiert und zur "Vollbehörde" werden. Das bedeutet, dass die BWB in erster Instanz alleine und nicht mehr wie jetzt im Duett mit dem Kartellgericht entscheidet. Verfahren sollen so beschleunigen werden. Erst in zweiter Instanz urteilt ein unabhängiger Richter.

Wirtschaftsanwalt Jörg Zehetner von KWR sieht die Reform kritisch: "Durch den Wegfall des Kartellgerichts wird die BWB Polizei und Richter in einem." Es ist für Zehetner rechtsstaatlich bedenklich, wenn über Strafen "in der Höhe eines zwei- oder dreistelligen Millionenbetrags" eine Behörde allein entscheidet. Er wünscht sich daher weiterhin einen Richter in erster Instanz.

Die BWB soll wie berichtet reformiert und zur "Vollbehörde" werden. Das bedeutet, dass die BWB in erster Instanz alleine und nicht mehr wie jetzt im Duett mit dem Kartellgericht entscheidet. Verfahren sollen so beschleunigen werden. Erst in zweiter Instanz urteilt ein unabhängiger Richter.

Wirtschaftsanwalt Jörg Zehetner von KWR sieht die Reform kritisch: "Durch den Wegfall des Kartellgerichts wird die BWB Polizei und Richter in einem." Es ist für Zehetner rechtsstaatlich bedenklich, wenn über Strafen "in der Höhe eines zwei- oder dreistelligen Millionenbetrags" eine Behörde allein entscheidet. Er wünscht sich daher weiterhin einen Richter in erster Instanz.

Ausblick auf 2012

Trotz Reform muss die BWB 2012 wichtige Fälle abschließen: Die Aufstockung des Anteils der IPIC an der OMV auf 25 Prozent muss abgesegnet werden. ÖBB und Westbahn liegen sich mit zwei Verfahren in den Haaren, und gegen das Zuckerkartell wurde eine Geldbuße von 27 Millionen € beantragt.